

Ohne Steigerung

S. 3

Die Nullrunden für höhere Beamte in diesem und im nächsten Jahr sind beschlossene Sache. Verfassungswidrig, ungerecht oder eine notwendige Sparmaßnahme? In jedem Fall eine heiße Debatte.

Ohne Skrupel

S. 5

Der Skandal um die Datenüberwachung durch amerikanische und britische Geheimdienste erreicht NRW: Wie lassen sich heimische Unternehmen mit ihren Innovationen und Ideen schützen?

Mit Rechtsschutz

S. 8-11

Der Tierschutz bekommt eine Stimme: In NRW dürfen anerkannte Tierschutzverbände künftig im Namen der Tiere klagen. Gut für Haustier, Nutztier, Versuchstier? Oder schlecht für die (Land)Wirtschaft?

Mit Kindern

S. 13

Wie muss Kinderbetreuung sein, damit sie für berufstätige Eltern praktikabel ist? Über die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung, Arbeitswelt und Kindeswohl sprachen Sachverständige in einer Anhörung.

Kein Schmerz für Tiere

Pro und Contra Verbandsklagerecht



Tierisch kompliziert

Es ist wie so oft. Im Grundsatz sind sich alle einig, aber die Tücken stecken im Detail. Der Tierschutz ist im Grundgesetz verankert, auch in der Landesverfassung.

Nun argumentieren SPD, GRÜNE und PIRATEN, dass die Einhaltung des Tierschutzes in einem Rechtsstaat durch anerkannte Tierschutzvereine auch einklagbar sein muss. Denn was nutzt die beste Maxime, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert wird?

Eben, meinen CDU und FDP, diese Kontrolle gibt es bereits. Bewährte Strukturen, landeseigene Tierärztinnen und Tierärzte übernehmen diese. Wenn nun ein neues Gesetz notwendig sein soll, bedeutet dies dann nicht Misstrauen gegen die eigenen Leute, Rechtsunsicherheit und die Gefahr der Abwanderung betroffener Unternehmen?

INTERESSEN UND ERWARTUNGEN

Die Tiere interessieren solche Auseinandersetzungen herzlich wenig. Ihnen geht es, instinktiv, um ihr Recht auf artgerechte Haltung. In den Ställen, auf den Weiden, in den Versuchslaboren forschender Pharmafirmen, auch zu Hause bei Herrchen oder Frauchen. Das Spannungsfeld zwischen niedlichen Rehaugen und leckerem Sonntagsbraten ist ohnehin schwierig genug. Umso mehr kommt es also darauf an, einen Weg zu finden, damit nicht nur Tiere in freier Wildbahn artgerecht leben können, sondern auch

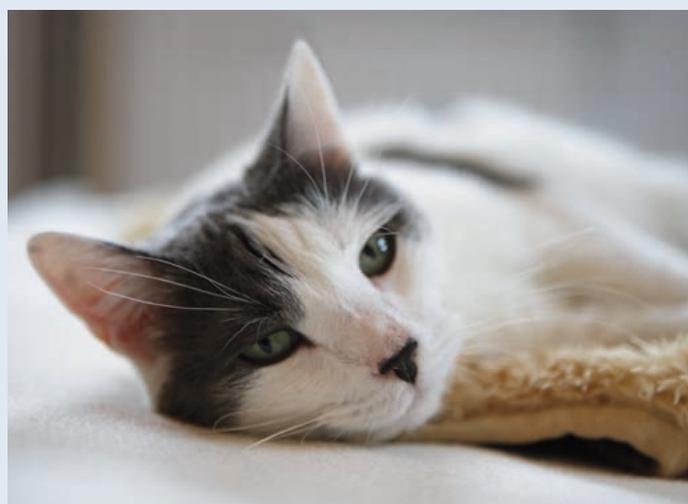
Nutztiere auf eine vertretbare Weise – nun ja, eben tierschutzgerecht genutzt werden.

Das ist ein schwieriger Abwägungsprozess, wie die lange Diskussion um das nun beschlossene Tierschutzgesetz zeigt. Selbstverständlich sind kranke Menschen auf Medikamente angewiesen. Selbstverständlich soll deren Wirkung wissenschaftlich belegt sein. Wie es dazu kommt, fragen wir uns oft nicht.

Selbstverständlich möchte jeder, der gern einmal ein gutes Stück Fleisch isst, dass dieses eine bestimmte Qualität hat, kauft gern die Eier von glücklichen Hühnern und sieht im Fernsehen lieber die Bilder von Kühen auf saftigen Wiesen als von eingepferchten Schweinen in viel zu engen Ställen. Aber bezahlbar sollen Fleisch, Butter, Käse und Eier eben auch sein. Qualität hat ihren Preis. Aber welchen? Das ist ein noch viel weiteres Feld.

Der Versuch, das Tierschutzrecht durch anerkannte Tierschutzverbände einklagbar zu machen, ist nur ein kleiner Baustein und doch schon so anspruchsvoll, dass es kaum möglich erscheint, ein Gleichgewicht zwischen allen Interessen zu finden. Heraus kommen soll ein für allen Seiten akzeptables Gesamtpaket. Das erfordert viel Geduld, Kompromissvermögen, Bereitschaft zur Einsicht und Offenheit gegenüber anderen Meinungen. Nun hat die Mehrheit entschieden. Es gibt dabei viele Aspekte zu berücksichtigen, wie Sie auf den Seiten 9 bis 11 nachlesen können.

SOW



Schwerpunkt: Tierschutz

Haltungsnote: mangelhaft	8
Scharfes oder zu scharfes Schwert?	9
Schlag auf Schlag	10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Personal: Keine Gehaltserhöhung für höhere Beamte	3
Energie: Neue Fakten und immer wieder Datteln	4
Überwachung: Lauschangriff per Datenkabel	5
Verfassungsschutz: Frage des Vertrauens	6
Ökonomie: Stabile Wirtschaft – selbstgemacht ...	7

Aus den Ausschüssen

Kinder: In guten Händen	13
Meldungen	14
Begegnungen: Volles Haus zum Jubiläum	15
Jugend-Landtag: Tabak, Tanz und Theologen	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Portrait: Marc Herter (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20



Die gestaffelte Übernahme des Tarifergebnisses sei verfassungskonform und außerdem eine sozial vertretbare, faire und gerechte Entscheidung, unterstrich SPD-Fraktionsvorsitzender **Norbert Römer**. Außerdem habe die geplante Regelung

SPD-Fraktionsvorsitzender
Römer verteidigt das Gesetz.



Fotos:Schälte



Karl-Josef Laumann (CDU)



Reiner Prüggen (GRÜNE)



Christian Lindner (FDP)



Dr. Joachim Paul
(PIRATEN)



Finanzminister Dr. Norbert
Walter-Borjans (SPD)

nichts mit geringer Wertschätzung der Arbeit der Beamtinnen und Beamten zu tun. Diese Wertschätzung habe Rot-Grün zum Beispiel bei der Ablehnung des von CDU und FDP geforderten Abbaus von 14.000 Stellen im öffentlichen Dienst gezeigt. Auch die gestaffelte Besoldungsanpassung gewährleiste eine amtsangemessene Alimentation, und die Konsolidierung betreffe nicht nur die beamteten Beschäftigten, so Römer.

CDU-Fraktionsvorsitzender **Karl-Josef Laumann** fragte, warum die Landesregierung einem Tarifvertrag zugestimmt habe, den sie anschließend nicht umsetzen wolle. Rot-Grün fordere, „gute Arbeit“ anzuerkennen, gleichzeitig fasse die Landesregierung mit einer „Arroganz der Macht“ einen solchen Beschluss, ohne mit der Beamtenschaft zu sprechen. In einer Anhörung hätten 20 von 21 Fachleuten festgestellt, dass der Gesetzentwurf verfassungswidrig sei. Laumann betonte die Notwendigkeit eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes. Allerdings werde die Landesregierung zur Einhaltung der Schuldenbremse nicht um Strukturreformen herumkommen.

Bei jedem konkreten Sparvorschlag machten sich CDU und FDP „einen schlanken Fuß“, erwiderte GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender **Reiner Prüggen**. Für die soeben vergossenen Krokodilstränen müsste man eigentlich die Deiche am Niederrhein erhöhen. So forderten die beiden Fraktionen einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst, nähmen aber Hochschule, Bildung und Polizei davon aus. Nach CDU-Rechnung seien 40.000 Stellenäquivalente einzusparen. Das bedeute, 4.000 Beschäftigte in den Ministerien der Landesregierung einzusparen, rechnete Prüggen vor. Das größte Risiko für den Landshaushalt sah Prüggen in der Bundesregierung.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Christian Lindner** bezog sich auf die Beamtenschaft mit Durchschnittseinkommen: „Hören Sie auf damit, sie zu diffamieren!“, rief er Rot-Grün zu. Betroffen wären schließlich schon Einkommen

Keine Gehaltserhöhung für höhere Beamte

Diskussion über Inhalt und Verfahren des neuen Gesetzes

10. Juli 2013 – Mit rot-grüner Mehrheit nahm der Landtag einen Gesetzentwurf der Landesregierung an (Drs. 16/2880), der die Tarifierung der Angestellten im öffentlichen Dienst nur für Beamtinnen und Beamte bis zur Besoldungsgruppe A10 übernimmt. Die Bezüge der Besoldungsgruppen A11 und A12 sollen in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils 1 Prozent steigen, die höheren Besoldungsgruppen leer ausgehen. CDU, FDP und PIRATEN werteten den Gesetzentwurf als Vertrauens- und Verfassungsbruch. SPD und GRÜNE sahen hingegen sowohl die verfassungsmäßigen Vorgaben als auch das Gebot des sozialen Ausgleichs als erfüllt.

ab 3.200 Euro brutto. Eine solche Politik sei angesichts einer exzellenten wirtschaftlichen Lage und der Rekorderlöse des Staates unverständlich. Es sei eine Frage der Fairness, alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am Aufschwung teilhaben zu lassen. Notwendig sei eine angemessene Übertragung des Tarifergebnisses auf alle Landesbeamte sowie die Einhaltung der Schuldenbremse mit verfassungsgemäßen Mitteln.

Mit ihren „bigotten“ Vorwürfen machten CDU und FDP sich lächerlich, wandte sich PIRATEN-Fraktionsvorsitzender **Dr. Joachim Paul** gegen die anderen Oppositionsfraktionen. Die heutige Situation sei eine Folge auch deren verfehlter Politik, verwies er auf Nullrunden in den Jahren 2005, 2006 und 2007. Außerdem tabuisierten sie jede Diskussion über eine Verbesserung der Einnahmeseite. Gleichzeitig kritisierte Paul die Landesregierung. Er forderte eine faire und lösungsorientierte Politik sowie einen sachgerechten und angemessenen Besoldungsentwurf. Die Landesregierung ignoriere machtorientiert ordentliche Beratungsabläufe des Parlaments.

„Unser Ziel bleibt es, unsere Beamten angemessen, sozial ausgewogen, aber eben auch finanzierbar zu bezahlen“, zeigte sich Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) von der Rechtmäßigkeit des Gesetzentwurfs überzeugt. Im Gegensatz zur Klientelpolitik von CDU und FDP habe die Landesregierung viele Alternativen abgewogen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werde gleichzeitig eine amtsangemessene Alimentierung wie auch die Einhaltung des Abstandsgebots und der kommenden Schuldenbremse ermöglicht. Denn auch die Besoldung der Beamtinnen und Beamten müsse sich an der Haushaltsrealität orientieren, unterstrich der Finanzminister. *cw*

Abstimmung – Petition

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs.16/2880) wurde mit 126 zu 105 Stimmen angenommen.

Am 12. Juli 2013 übergaben Vertreter der Beamtenschaft in NRW Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** sowie der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, **Rita Klöpper**, eine Petition mit über 55.000 Unterschriften gegen das verabschiedete Besoldungsanpassungsgesetz.



Neue Fakten und immer wieder Datteln

Opposition fordert klares Bekenntnis zum Kraftwerksbau

10. Juli 2013 – Schon lange diskutiert der Landtag über ein zu guten Teilen fertiges Kohlekraftwerk in Datteln, dessen Fertigstellung gerichtlich gestoppt wurde: Der Bebauungsplan hielt der gerichtlichen Prüfung nicht stand. Nun hat der für die Planung zuständige Regionalverband Ruhr (RVR) beantragt, ein Zielabweichungsverfahren durchzuführen und somit das Kraftwerk Datteln IV sozusagen unter veränderten Voraussetzungen doch noch fertigstellen zu lassen. Ein zweites Kraftwerk in Bergheim-Niederaußem soll durch Änderung des Regionalplans ebenfalls möglich werden; eine entsprechende Entscheidung hat der dafür zuständige Regionalrat Köln getroffen. Vor dem Hintergrund dieser beiden kürzlich gefallenen Entscheidungen im RVR und im Regionalrat Köln fordern CDU und FDP klare Worte von der Landesregierung. Im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die die CDU beantragt hatte und der auch ein Eilantrag der FDP (Drs. 16/3503) zugrunde lag, erklärten SPD und GRÜNE: Eine Entscheidung für oder gegen die Kraftwerksprojekte hingen von der nun stattfindenden sachlichen Prüfung ab.

Josef Hovenjürgen (CDU) begrüßte die beiden aktuellen Entscheidungen als zukunftsweisend. Neue, effiziente Kohlekraftwerke könnten einen Beitrag zur Verringerung von Treibhausgasen leisten: Jeden Monat, in dem das Kraftwerk Datteln IV nicht am Netz sei, würden 100.000 Tonnen CO₂ mehr als nötig in die Luft gepustet. Planungsfehler, die in der Vergangenheit gemacht worden seien, könne man nun korrigieren. „In diesem Hause gibt es eine breite Mehrheit zur Absicherung des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen. Es liegt an Ihnen, diese zu nutzen“, appellierte der Abgeordnete an die SPD.

Im letzten Monat hätten SPD und GRÜNE darauf verwiesen, dass zunächst eine Entscheidung des RVR abzuwarten sei, bevor man sich zur Zukunft von Datteln IV verhalte – nun sei die Entscheidung da, nahm **Dietmar Brockes** (FDP) die Koalitionsfraktionen in die Pflicht. Weil sich SPD und GRÜNE in dem Politikfeld aber nicht einig seien, drohe das „umweltfreundlichste Steinkohlekraftwerk der

Welt“ zur Investitionsruine zu werden. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Recht darauf zu erfahren, wie die Landesregierung zu Datteln IV stehe und eine sichere Energieversorgung gewährleisten wolle.

Seit Jahren sagten SPD und GRÜNE, wie sie zu Datteln IV stünden, erklärte **Thomas Eiskirch** (SPD): „Wenn es machbar ist, wird es kommen, und wenn es rechtlich nicht machbar ist, wird es nicht kommen“ – und in dem Fall liege die Schuld dafür in einer verfehlten Planung unter CDU-Verantwortung. Man brauche nicht nur Bekenntnisse, sondern rechtssichere Verfahren. Auch widersprächen sich SPD und GRÜNE nicht: Dass es in NRW möglich sei, effiziente Kraftwerke zu bauen, sei ein Grund zur Freude. Aber es fehlten bundespolitische Rahmenbedingungen für einen rentablen Betrieb solcher Kraftwerke.

Datteln IV sei eines von hundert Kraftwerksblöcken in NRW, davon hänge nicht die Industriefreundlichkeit eines Bundeslandes ab, argumentierte **Wibke Brems** (GRÜNE). Das landesplanerische Desaster hätten im Übrigen CDU und FDP hinterlassen. Beide zur Rede stehenden Kraftwerke seien zudem wirtschaftlich nicht rentabel. Braunkohle, die in Niederaußem verstromt werden soll, sei der klimaschädlichste Energieträger, betonte sie. Sie zu nutzen, sei ungefähr so innovativ, wie heutzutage Dampflokotiven einzusetzen, mit einem 56K-Modem Videos im Internet anzuschauen oder Asbest als Baustoff zu verwenden.

„Datteln IV – schon wieder ...“ – so begann die Rede von **Kai Schmalenbach** (PIRATEN). Er fand es erschreckend, immer noch auf Kohlekraft zu



setzen. Dass Nordrhein-Westfalen das Energieland Nummer eins bleiben solle, hielt er für ein vertretbares Ziel. Der Abgeordnete hatte aber Zweifel, ob dies mit Energieträgern von gestern gelingen könne. Dass der Bau des Steinkohlekraftwerks in Datteln gerichtlich gestoppt worden sei, fand er nachvollziehbar. Schließlich habe der Betreiber statt 1.500 Meter nur 500 Meter Abstand zur nächsten Wohnbebauung eingehalten. Wie das nachträglich gerichtsfest gemacht werden solle, leuchtete Schmalenbach nicht ein.

Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD) erläuterte die Rechtslage bei beiden Verfahren und erklärte, sobald der RVR-Antrag auf ein Zielabweichungsverfahren vorliege, werde die Landesplanungsbehörde diesen auf die Vorgaben des Landesplanungsgesetzes hin prüfen, den zuständigen Landtagsausschuss einbeziehen und im Benehmen mit den beiden zuständigen Ministerien entscheiden. Ebenso werde die Landesplanungsbehörde den Antrag auf Änderung des Regionalplans der gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsprüfung unterziehen und, sollten keine Bedenken bestehen, die Änderung bekanntgeben.

SOW



Fotos:Schälte

Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)

Lauschangriff per Datenkabel

Sorge um Wirtschaftsspionage in NRW

11. Juli 2013 – Auf Antrag der Piraten-Fraktion hat der Landtag über das Problem möglicher Wirtschaftsspionage durch staatliche Geheimdienste der USA und Großbritanniens debattiert. Unter Berufung auf Medienberichte schreibt die Fraktion in einem Antrag (Drs. 16/3434), der britische Geheimdienst habe unter anderem ein Glasfaserkabel ausgespäht, über das ein großer Teil der deutschen Übersee-Kommunikation abgewickelt werde. Somit habe er sich offenbar auch systematisch Zugang zu Internet- und Telefondaten aus Deutschland verschafft. Der US-amerikanische Geheimdienst überwache in Deutschland jeden Monat rund eine halbe Milliarde Kommunikationsdaten. Es gebe Hinweise, dass Überwachungsprogramme gezielt für Wirtschafts- und Industriespionage eingesetzt würden.

Daniel Schwerd (PIRATEN) forderte die Landesregierung und die anderen Fraktionen zum Handeln auf. Zunächst gelte es, das Ausmaß der Spionage aufzuklären. Zweitens müssten Unternehmen aufgeklärt werden, damit sie die Gefahr einschätzen und sich vor Abhörmaßnahmen schützen könnten. Drittens müsse die Landesregierung für die Förderung, Entwicklung und Herstellung von benutzerfreundlicher und lizenzfreier Kryptosoftware sorgen, mit der Geräte abhörsicher gemacht werden könnten. Viertens schließlich forderte der Abgeordnete eine Landes-Task-Force. Die Politik dürfe die Wirtschaft nicht allein lassen.

Auch Dietmar Bell (SPD) fand es skandalös, dass befreundete Staaten offenbar Unternehmensdaten ausgespäht hätten. Die Firmen seien damit ihrer Innovationskraft und ihres Wettbewerbsvorteils auf den internationalen Märkten beraubt worden. Die Höhe des wirtschaftlichen Schadens sei schwer zu schätzen, weil die Unternehmen kein Interesse hätten, sich als Opfer darzustellen. Der Verfassungsschutz betreibe zwar bereits eine Aufklärungskampagne, aber man müsse nun überlegen, welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen seien. Traditionelle Sicherheitsinstrumente wie etwa eine Firewall reichten nicht mehr aus.

Es dürfe nicht sein, dass Innovationen aus NRW in den USA oder Großbritannien auf den Markt

kämen, schloss sich Rainer Spiecker (CDU) seinen Vorrednern an. Überwachung sei allerdings kein spezifisches Landesthema, sondern gehe über Grenzen hinaus, bemerkte er. Deshalb habe der Bundesinnenminister bereits umfassende Aufklärung zugesagt. Spiecker zeigte sich alarmiert darüber, dass nicht mehr so sehr große Unternehmen Opfer von Wirtschaftsspionage seien, sondern zu einem großen Teil kleine und mittelständische Betriebe. Weil das diesen oft nicht bewusst sei, komme es besonders auf die Aufklärung an.

Matthi Bolte (GRÜNE) sah im Internet den Innovationsmotor unserer Zeit. Das aber setze das Vertrauen voraus, dass bestimmte Daten nur bestimmten Personen zugänglich seien. Durch die Digitalisierung entstünden im Datenschutz Dilemmata. So verwies er auf die vermehrte Nutzung von sogenannten Clouds, also die Auslagerung von Daten und damit verbundene mangelnde Kontrolle. Bolte sah den Spielball im Feld der Bundesregierung liegen, die aber untätig bleibe. Selbst die Aufklärung über den Skandal sei ihr nur lästig. Sie nehme ihren Schutzauftrag den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen gegenüber nicht ernst.

Anlasslose Ausspähung fand auch Ralph Bombis (FDP) inakzeptabel. Er sprach sich aber dafür aus, keine voreiligen Schlüsse aus Medienberichten zu ziehen, sondern zunächst die Sache

aufzuklären. „Niemand sollte überrascht tun“, fügte er hinzu: Wer es habe wissen wollen, habe es auch wissen können. Statt auf Vereinbarungen zu warten, sei es für die Unternehmen nun am besten, ihre Daten im deutschen Rechtsraum zu belassen, sie zu verschlüsseln und nur sichere Cloud-Dienste zu nutzen. Auf Landesebene gehe es darum, vor allem ein Problembewusstsein bei den Unternehmen zu schaffen, erklärte Bombis.

„Wirtschaftsspionage trifft uns alle“, sagte Innenminister Ralf Jäger (SPD). Arbeitsplätze gingen verloren, der Wirtschaftsstandort NRW werde beschädigt. Bei exportorientierten Unternehmen gehe es schnell um die Existenz. Mindestens genauso gravierend sei aber der Vertrauensverlust in das Unternehmen, ergänzte Jäger. In NRW gebe es bereits seit zwölf Jahren eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ministerien, Sicherheitsverbänden und der Wirtschaft. Zudem arbeite man daran, Vertrauen aufzubauen, damit Unternehmen Spionage meldeten. Auch der Verfassungsschutz kümmere sich intensiv um Spionageabwehr.

SOW

Fachberatung

Der Antrag (Drs. 16/3434) und mögliche Maßnahmen sollen im Wirtschaftsausschuss und mehreren weiteren Fachausschüssen detailliert beraten werden.



Frage des Vertrauens

Alle wollen einen wirksamen Verfassungsschutz – aber wie?

19. Juni 2013 – Der NRW-Verfassungsschutz bekommt neue Regeln. So muss er das parlamentarische Kontrollgremium über alle relevanten Vorgänge und Maßnahmen, quasi mit Bringschuld, unterrichten. Geregelt wird auch, unter welchen Voraussetzungen der Einsatz von V-Leuten erfolgen darf, ob er verhältnismäßig ist und wann die Zusammenarbeit zu beenden ist. V-Leute dürfen beispielsweise nicht finanziell vom Verfassungsschutz abhängig sein, auch nicht erheblich straffällig werden. Der Verfassungsschutz darf Internet-Chats und -Foren unbemerkt beobachten, aber keine Daten erheben, die den Kernbereich des privaten Lebens betreffen. Nachrichtendienstliche Mittel sollen künftig schwerpunktmäßig bei gewaltorientierten Bestrebungen eingesetzt werden. Die Opposition ist unzufrieden.

Mit der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes werde es gelingen, das freiheitliche Zusammenleben hierzulande ebenso wie individuelle Rechte zu schützen, erklärte **Hans-Willi Körfges** (SPD). Damit sei der Gesetzentwurf rechtspolitisch ausgewogen. Auch Experten hätten etwa die Neuregelung des Einsatzes von Vertrauensleuten als vorbildlich und klar gelobt. Wer geeignet sei, wie so jemand „geführt“ werden müsse und wie die Zusammenarbeit erfolgen solle, all das werde geregelt. Für einen wirksamen Verfassungsschutz sei das Vertrauen der Menschen unabdingbar, sagte Körfges. Transparenz spiele dabei eine entscheidende Rolle.

Peter Biesenbach (CDU) zeigte sich enttäuscht. Zu den Herausforderungen der Zukunft werde im Gesetzentwurf nichts gesagt. Er nannte in diesem Zusammenhang den Komplex Datenschutz, Datenspeicherung und Datenlöschung. Wenn irgendwann jegliche Kommunikation gewaltbereiter Verdächtiger verschlüsselt werde, könne man nur noch an der Quelle an Informationen kommen. Aber Antworten darauf, was elektronische Endgeräte angehe, gebe es ebenso wenig wie eine Idee, was mit ausgetauschten Botschaften geschehen solle. Biesenbach regte

die Onlinedurchsuchung, die Wohnraumüberwachung und ein Weiterdenken beim Thema Datenaustausch an.

Im Verfassungsschutzgesetz sah **Verena Schäffer** (GRÜNE) nur einen ersten, aber wichtigen Schritt in der Reform der Sicherheitsarchitektur. Über den bisherigen Verfassungsschutz könne man kaum reden, weil so vieles in Geheimakten liege. Das zeige, wie wichtig mehr Transparenz und Öffentlichkeit seien. Schäffer forderte einen Mentalitätswechsel bei der Behörde, aber auch bei den Abgeordneten, die den Verfassungsschutz kontrollierten. Dieser könne im Übrigen weder Bildungsinstitutionen noch die Zivilgesellschaft ersetzen. „Wir sind diejenigen, die die Demokratie mit Leben füllen müssen“, appellierte sie ans Parlament, an die Bürgerinnen und Bürger.

Dr. Robert Orth (FDP) benannte drei für seine Fraktion wesentliche Kritikpunkte. Erstens sah er in der Konzentration nachrichtendienstlicher Mittel auf gewaltbereite Extremisten eine unnötige Beschneidung der Möglichkeiten des Verfassungsschutzes. Bis jemand als gewaltbereit erkennbar sei, könne es schon zu spät sein,

befürchtete Orth. Zweitens tue man weder dem Verfassungsschutz noch der politischen Kultur einen Gefallen, wenn alles im Parlamentarischen Kontrollgremium diskutiert werde. Debatten gehörten in den Innenausschuss. Drittens habe die Landesregierung beim Thema Datenschutz sehenden Auges eine Lücke gelassen.

Diesen Faden nahm **Dirk Schatz** (PIRATEN) auf. Dass der Verfassungsschutz selbst entscheiden könne, ob er Menschen, deren Daten er erhoben habe, darüber informiere, hielt er für verfassungswidrig. Schatz wandte sich außerdem gegen Aktivitäten der Behörde in Schulen, wo dann die eigene Meinung darüber, was verfassungsgemäß sei, verbreitet werde. Kritisch sah er auch folgenden Gesetzesinhalt: Personen, die Strafen von nicht erheblicher Bedeutung begangen hätten, kämen als V-Leute infrage – wo aber sei da die Grenze zu ziehen, fragte der Abgeordnete. Auch dies dürfe jedenfalls nicht im Ermessen des Verfassungsschutzes liegen.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) warb für den Gesetzentwurf: Der Verfassungsschutz müsse nicht nur modern und leistungsfähig, sondern auch rechtsstaatlich und transparenter sein, um Vertrauen zurückzugewinnen. Auf die Kritik der FDP antwortete er, nachrichtendienstliche Mittel stellten einen solch tiefen Grundrechtseingriff dar, dass sie nur bei tatsächlichen Anlässen, also gewaltbereiten Personen, verhältnismäßig seien. Auch auf die Kritik der CDU ging Jäger ein: Derzeit gebe es schlicht keine verfassungskonforme Quellen-Telekommunikationsüberwachung. Dies werde noch aufgenommen, sobald die Technik vorliege. sow

Angenommen

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN hat der Landtag den Gesetzentwurf (Drs. 16/2148) angenommen.

Gegen Extremismus

4. Juli 2013 – Den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 übergab der Leiter des Verfassungsschutzes NRW, Burkhard Freier (L), an den Vorsitzenden des Hauptausschusses des Landtags, Prof. Dr. Rainer Bovermann (r.). Im Jahr 2012 sah sich der Verfassungsschutz NRW zwei zentralen Herausforderungen gegenüber: dem Rechtsextremismus und der Zunahme beim sogenannten radikalislamischen Salafismus. Weiterer Handlungsschwerpunkt war die Aufarbeitung der Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Die Vorgänge beim NSU waren ein Aspekt, der bei der kürzlich erfolgten Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes berücksichtigt wurde. Foto: Schälte





Stabile Wirtschaft – selbstgemacht

SPD und GRÜNE wollen gemeinnützige Wirtschaftsformen stärken

20. Juni 2013 – Genossenschaften seien die insolvenz sicherste Rechtsform und erfreuten sich insbesondere seit der Finanzkrise wachsender Aufmerksamkeit, begründeten SPD und GRÜNE einen Antrag (Drs. 16/3228) zur Stärkung solcher Körperschaften. Beratungsangebote der Landesregierung sollen beispielsweise intensiviert werden, Landesförderprogramme sollen bei ihrer Beratung Genossenschaften ebenso berücksichtigen wie andere Unternehmen. Die beiden Fraktionen sehen in Genossenschaften auch Chancen für Wege aus der Arbeitslosigkeit, für regionale Kinderbetreuung und bei der Unternehmensnachfolge durch Belegschaftsinitiativen. Auch über Partnerschaften von Kommunen und lokalen Genossenschaften oder Organisationen könne nachgedacht werden.

Inge Blask (SPD) sah im Sektor der sozialen Ökonomie ein stabiles Standbein der heimischen Wirtschaft und für die Zukunft eine Menge Potenzial. In der Finanzkrise hätten sich besonders Genossenschaften und andere Rechtsformen der gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirt-

„Es gab und gibt Fehlentwicklungen. Aber nur mit gemeinwohlorientierter Wirtschaft werden wir die wahrscheinlich nicht beheben können“, vermutete Hubertus Fehring (CDU). Zudem habe die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 60 Jahre die Überlegenheit der Unter-

Wenn Einzelne sich zu einem gemeinsamen Zweck zusammenschließen, könne dies erstaunlich viel Energie freisetzen, hob Daniel Schwerd (PIRATEN) hervor und forderte, dass die Politik die vielfältigen Formen gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirtschaftens unterstützen solle, wo sie nur könne. Es gebe in Deutschland sechsmal mehr Genossenschaftsmitglieder als Aktionäre, rechnete Schwerd vor. Gerade Energiegenossenschaften erfreuten sich steigender Attraktivität. Die Hälfte der Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie werde inzwischen von Privatpersonen und Landwirten betrieben.



Fotos:Schälte

Inge Blask (SPD) Daniela Schneckenburger (GRÜNE) Hubertus Fehring (CDU) Ralph Bombis (FDP) Daniel Schwerd (PIRATEN) Wirtschaftsminister Garrett Duin (SPD)

schaft als stabil und insolvenz sicher erwiesen. Die Gewinnmaximierung stehe bei Genossenschaften zwar nicht im Vordergrund, trotzdem könnten etwa einzelne Akteure durch Zusammenschluss ihre Marktposition stärken. Bei Kleinstgenossenschaften gelte es, den hohen Prüfaufwand zu minimieren, forderte die Abgeordnete.

„Die Steigerung der Güterproduktion und der Geldvermögen in Deutschland geht einher mit wachsender sozialer Spaltung, auch mit einem intensiven Verbrauch natürlicher Ressourcen“, gab Daniela Schneckenburger (GRÜNE) zu bedenken. Die Finanzkrise zeige, dass das Renditeprinzip als alleinige Leitschnur wirtschaftlichen Handelns nicht tragfähig sei, begründete sie einen notwendigen stärkeren Fokus auf nachhaltigem, solidarischem Wirtschaften, das regionalorientiert und damit krisenfest sei. Schneckenburger verstand den Antrag als Einladung zur Debatte über Fraktionsgrenzen hinweg.

nehmen mit verantwortungsbewussten und vollhaftenden Persönlichkeiten belegt. Fehring betonte die Stärke des deutschen Mittelstands. „Wir wünschen uns deshalb möglichst viele Einzel-, Familien- oder Personengesellschaften“, schlussfolgerte er. Im Wohnungs- und im Energiesektor sah er jedoch durchaus Potenzial für Genossenschaften.

Ralph Bombis (FDP) fand im Antrag interessante Diskussionsansätze. Es war ihm aber wichtig zu betonen, dass gemeinwohlorientierte, solidarische Wirtschaftsformen nicht als Gegensatz zu gewinnorientierten Unternehmen verstanden werden sollten. Vielmehr seien Genossenschaften – eine liberale Erfindung – als Ergänzung zu gewinnorientierten Unternehmen gedacht. Bombis warb für das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, in der beides seinen Platz habe. Eigeninitiative sei die treibende Kraft des Fortschritts, des Wohlstands, von dem alle profitierten und der letztendlich das Gemeinwohl ausmache.

„Das Beispiel der Energiegenossenschaften zeigt, dass die Genossenschaft das Instrument der Wahl ist, wenn Bürgerinnen und Bürger initiativ werden und sich entscheiden, durch unmittelbares Engagement einen wirtschaftlichen Beitrag wie in diesem Fall zur Energiewende leisten zu wollen“, erklärte Wirtschaftsminister Garrett Duin (SPD). Es gehe darum, bürgerliches Engagement mit wirtschaftlichem Handeln zusammenzubringen, und nicht darum, irgendetwas staatlich zu dirigieren. Der Minister stellte aber auch klar, dass es keine neuen Haushaltsmittel geben werde. Stattdessen müsse man Dinge bündeln.

sow

Fachberatung

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 16/3228) einstimmig zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Mitberaten sollen der Ausschuss für Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der Arbeitsausschuss.



Haltungsnote: mangelhaft

Alle Fraktionen wollen Puten besser schützen – Details umstritten

12. Juli 2013 – Puten seien die einzige wichtige landwirtschaftliche Nutztierart, deren Haltung nicht geregelt sei, so SPD und GRÜNE (Drs. 16/3422 folgt). Daher wollen sie über den Bundesrat verbindliche Vorschriften erreichen, die nach ihrer Vorstellung dann in einem zweiten Schritt auch EU-weit gelten sollen. In NRW jedenfalls soll ab dem Jahr 2017 das Verbot des Schnabelkürzens umgesetzt werden. In der Debatte unterstützten die anderen Fraktionen den angestrebten besseren Schutz der Puten, CDU und FDP verwiesen aber auch auf die harten Bedingungen im internationalen Wettbewerb.

Mit der Einführung von rechtsverbindlichen Mindeststandards für die Putenhaltung wolle man sicherstellen, so **Frank Börner** (SPD), dass sich die Massentierhaltung auch für diese Lebewesen auf ein erträgliches Niveau verbessere. Heute gebe es für die Putenhaltung keine verbindlichen Vorgaben. Dabei ziele man auf eine artgerechte Haltung ab, betonte Börner. Vor allem gehe es um die Größe und die Dichte des Bestandes, um Beschäftigungselemente für die Tiere, den Auslauf und das Futter. Gleiches gelte für Beleuchtung, Belüftung und Hygiene im Stall, die Gesundheitskontrolle, den Einsatz von Medikamenten und die Notfallversorgung.

Seit zehn Jahren habe sich in der Putenhaltung wenig getan, kritisierte **Norwich Rübe** (GRÜNE) und bemängelte einen übertriebenen Medikamenteneinsatz, Qualzuchten und eine unsägliche Praxis des Schnabelkürzens. Dabei sei bekannt, wie man für eine artgerechte Haltung die Besatzdichten, die Stallstrukturen und das Futter verändern müsse. Demgegenüber sähen die bundesweiten Eckwerte unverändert bis zu 52 Kilogramm weiblicher Puten pro Quadratmeter vor. Dies sei genauso ein Armutszeugnis wie der Antibiotikaeinsatz, der noch höher liege als in der Hähnchenmast. Puten seien mit Rind, Schwein oder Masthuhn gleichzustellen, forderte Rübe.

„Gut gemeint ist nicht automatisch gut gemacht“, wertete **Josef Wirtz** (CDU) den Text als „Schauantrag“. So sei seit dem Jahr 2010 sowohl der Pro-Kopf-Verbrauch als auch die Zahl der eingestellten Küken rückläufig. Außerdem sei das Landwirtschaftsministerium NRW an der Ausarbeitung der Eckwerte beteiligt gewesen. Dieses wolle ja in Kürze eine Studie zur Auswirkung des Schnabelkürzens in Auftrag geben. Dennoch begrüße auch die CDU eine rechtsverbindliche Regelung der Putenhaltung. Diese dürfe jedoch nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die Produzenten in NRW führen. Für sinnvoller hielt er eine europäische Regelung.

Foto: SunnyS, Fotolia



Für die Putenhaltung gebe es bereits rechtsverbindliche Mindeststandards, sagte **Karlheinz Busen** (FDP). So gelte auch hier Paragraph zwei des Tierschutzgesetzes sowie das eherne Leitprinzip, dass sich die Haltungsbedingungen den Tieren anzupassen hätten und nicht umgekehrt. „Da Landwirten das Wohl ihrer Tiere mindestens genauso am Herzen liegt wie dem Parlament, halten wir es grundsätzlich für richtig, den Landwirten konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben“, betonte Busen. Für die FDP sei entscheidend, dass praxistaugliche Regelungen gefunden würden, die sowohl dem Wohl der Tiere dienten, als auch den Bauern Luft zum Atmen ließen.

„In der abstrusen Welt der Lebensmittelkonzerne werden Tiere meist nicht mehr als Lebewesen und schützenswert betrachtet, sondern als Fleischmasse auf Beinen – wenn die überzüchteten Puten überhaupt noch laufen können“, begrüßte **Simone Brand** (PIRATEN) den Antrag. Allerdings komme es nicht nur auf die Vorschriften an, sie müssten auch durchgesetzt werden. Die Kontrollergebnisse müssten dann den Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verfügung stehen, damit diese für sich selbst und die Tiere die richtigen Entscheidungen treffen könnten. Notwendig seien die vier Standbeine Richtlinien, Kontrollen, Informationen und Bildung.

Es gehe bei den geplanten Regelungen sowohl um eine notwendige Klärung im Sinne des Tierschutzes als auch um eine wirtschaftlich planbare Zukunft der Mastbetriebe, erläuterte Landwirtschaftsminister **Johannes Rimmel** (GRÜNE). Eine Zucht, die darauf abziele, den Tieren immer höhere Leistungen abzufordern, ohne dass die Tiere dem gerecht werden könnten, führe dazu, dass Krankheiten aufkämen und insofern verstärkt entsprechende Therapien eingeplant werden müssten. „Dieses schnelle Wachstum und ein ‚Immer weiter so‘ müssen beendet werden“, forderte Rimmel. Daher sei auf Bundesebene die Tiernutzhaltungsverordnung entsprechend zu ändern. c/w

Weiterberatung

Der Antrag – Drs. 16/3422 – wurde einstimmig an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.



Scharfes oder zu scharfes Schwert?

Tierschutzverbände erhalten neue Rechte – Landtag streitet über Vor- und Nachteile

Foto: Schälte

19. Juni 2013 – Tiere können naturgemäß nicht ihre Stimme erheben gegen unwürdige oder illegale Zustände ihrer Haltung. Dieses bisherige Ungleichgewicht zwischen Tierhaltern und Tieren will die Landesregierung beenden, indem sie den Tieren eine Stimme geben will: nämlich die von anerkannten Tierschutzverbänden. Solche sollen ein Klagerecht gegen widrige Umstände, die gegen den grundgesetzlich geregelten Tierschutz verstoßen, bekommen und in Genehmigungsverfahren eingebunden werden. Teile der Opposition befürchten eine Klageflut und eine Abwanderung forschender Unternehmen.

„Reicht es, wenn wir die Qual der Tiere durch Stallmauern nicht sehen müssen?“, fragte **Frank Börner** (SPD). Seine Rede war ein klares Nein. Bisher hätten nur Bauern gegen ein Zuviel an Tierschutz klagen können, künftig könne man auch gegen ein Zuwenig an Tierschutz klagen. Diese juristische Gleichberechtigung erhöhe den Tieren die Chance auf artgerechte Tierhaltung, die Bauern schütze sie vor Wettbewerbsverzerrungen durch eine Konkurrenz, denen der Tierschutz egal sei. Weil nur anerkannte, jahrelang in NRW tätige Tierschutzvereine klagen könnten, seien Nachbarschaftsstreitigkeiten ausgeschlossen. Auch verzögerte Forschungsreihen seien nicht zu erwarten.

„Sie trauen der unteren staatlichen Aufsicht offensichtlich keine ausreichende Kontrolle von Tierschutz zu, sonst bräuchten Sie dieses Gesetz hier nicht so vehement einzufordern“, mein-

te **Josef Hovenjürgen** (CDU). Nicht tierschutzgerechte Ställe würden in NRW ohnehin nicht genehmigt, diesbezüglich sei das Gesetz also ebenfalls überflüssig. Zudem warnten Fachleute vor überbordender Bürokratie und zusätzlichen Rechtsstreitigkeiten. Wenn Pharmafirmen aus diesen Gründen ins weniger strenge Ausland abgedrängt würden, sei dem Tierschutz auch nicht gedient, argumentierte der Abgeordnete und schloss: „Dieses Gesetz ist dazu geeignet, Misstrauen zu säen.“

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) erklärte, warum das Gesetz notwendig sei: „Weil Tiere nicht für sich selber sprechen können. Tiere können auch nicht ihre Rechte selber vertreten.“ So wie Eltern ihre Kinder vertreten, wie schwer kranke Menschen einen gesetzlichen Betreuer bekämen, wie Naturschutzverbände längst die Rechte wild lebender Tiere gerichtlich wahren

könnten, so solle dies künftig auch für Tiere gelten, die gehalten würden. Für eine Klage wolle gebe es keine Anhaltspunkte, verwies der GRÜNE auf ein entsprechendes bereits bestehendes Gesetz in Bremen. In Genehmigungsverfahren könnten Verbände helfen, diese einfacher und rechtssicher zu gestalten.

Auf die Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf bezog sich **Karlheinz Busen** (FDP): „Die Bürger sagen Ihnen: Das Gesetz ist schlecht. Das Gesetz bringt nichts. Es kostet. Es führt zu Rechtsunsicherheiten, zu Investitionsstopps und gefährdet den Datenschutz.“ Persönliche Daten und Betriebsgeheimnisse landeten völlig unkontrolliert auf dem Tisch der Tierschutzverbände. Die vernichtende Kritik in der Anhörung habe gezeigt, dass der Gesetzentwurf dem Tierschutz kein bisschen helfe. Zudem besitze das Land gar keine Gesetzgebungskompetenz für das Verbandsklagerecht, bemängelte der Abgeordnete und kritisierte: „Das Verbandsklagerecht ist Wildwuchs.“

„Ich frage mich, in welcher Anhörung Sie waren“, antwortete **Simone Brand** (PIRATEN). Denn es habe reichlich Argumente für das Verbandsklagerecht gegeben. „Wenn Sie so eine Angst haben vor vehementen Klagewellen, wie geht es denn dann in Ihren Industrien und bei Ihnen in den Ställen zu?“, fragte Brand. Die Warnung vor Abwanderung der Pharmafirmen habe es auch schon beim Verbandsklagerecht für Umweltverbände gegeben – nichts sei passiert. Der jetzige Gesetzentwurf sehe mit der Feststellungsklage sogar ein Entgegenkommen gegenüber der Forschung vor, was ihre Fraktion kritisiere. Trotzdem werde ihre Fraktion dem Gesetzentwurf aus vollem Herzen zustimmen.

„Der Entwurf ist zweimal lange und intensiv beraten worden. Wir haben zweimal eine Expertenanhörung durchgeführt. Die ganze Bandbreite der Argumente ist aufgeführt und diskutiert worden. Ich bin der festen Überzeugung, dass dabei ein sehr ausgewogener Gesetzentwurf zutage gekommen ist, der die unterschiedlichen Interessenlagen berücksichtigt“, fasste **Umweltminister Johannes Remmel** (GRÜNE) zusammen. Es gehe nicht um ein Mehr an Tierschutz, sondern darum, den Tierschutz – wie jeden anderen Rechtsbereich auch – einer rechtsstaatlichen Überprüfung zuzuführen. Das Parlament habe heute die Gelegenheit, einen bedeutenden Meilenstein für den Tierschutz zu setzen.

SOW

Beschlossen

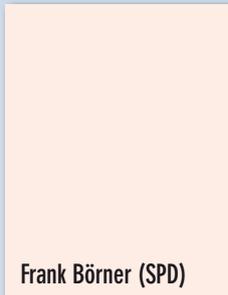
Mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN hat der Landtag den Gesetzentwurf gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen.



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Frank Börner (SPD)



Christina Schulze Föcking (CDU)



Die Hauskatze, der Gänsebraten, das Frühstücksei, das Reh im Wald, die Giraffe im Zoo – für uns Menschen bedeuten Tiere ...

... eine Bereicherung unseres Lebens in vielerlei Hinsicht. Die Hauskatze als Familienmitglied, Kühe, Schweine, Geflügel etc. als Nutztiere und damit als Nahrungslieferanten und die Tiere im Zoo – ob heimisch oder exotisch – erfüllen einen wertvollen Informations- und Lehrauftrag.

... vieles. Tiere sind Mitgeschöpfe, die unserer besonderen Fürsorge bedürfen. Das gilt für Haustiere wie für Nutztiere gleichermaßen. Wir sollten Tiere jedoch nicht vermenschlichen. Ihre Bedürfnisse sind nicht deckungsgleich mit denen der Menschen. Das wird leider oft übersehen.

Der Tierschutz ist über das Grundgesetz bundesweit verankert. Ein Landesgesetz zur Einhaltung des Staatsziels Tierschutz halte ich für ...

... sinnvoll und notwendig, weil auf Bundesebene gebremst wird. Bisher konnte nur gegen ein Zuviel an Tierschutz, nicht aber gegen ein Zuwenig geklagt werden. Mit dem neuen Verbandsklagerecht haben Tiere endlich eine Stimme in NRW. Dies ist zugleich auch eine Vorlage für ein entsprechendes Bundesgesetz.

... unnötig, weil der Tierschutz bereits seit über zehn Jahren in der Landesverfassung verankert ist. Damit ist bereits heute alle staatliche Gewalt diesem Ziel verpflichtet. Darüber hinaus müssen wir in den Köpfen der Menschen ein allgemeines Bewusstsein für diese Schutzverpflichtung schaffen.

Für Wirtschaft, für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Landwirtschaft bedeutet das neue Tierschutzgesetz mit dem Verbandsklagerecht und Mitwirkungsmöglichkeiten anerkannter Tierschutzverbände ...

... dass die Bauern, die ihre Ställe in Ordnung halten, gestärkt werden gegenüber Bauern, denen der Tierschutz egal ist und die so den Wettbewerb verzerren. Die Verbraucherinnen und Verbraucher können davon ausgehen, dass ein Mindeststandard an Tierschutz und damit artgerechter Haltung erfüllt wird.

... keinen Fortschritt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Vereine besser über das Tierwohl entscheiden sollen als geschulte Veterinäre. Wenn Forschung und Tierhaltung in andere Länder abwandern, in denen niedrigere Schutzstandards gelten als bei uns, ist dem Tierschutz in keiner Weise geholfen.

Hinsichtlich der Rolle von bisherigen Kontrollinstanzen einerseits und Tierschutzverbänden andererseits denke ich, dass ...

... es gut und richtig ist, dass die Tiere jetzt eine stärkere Lobby haben und die anerkannten Tierschutzverbände durch das Verbandsklagerecht die Kontrollinstanzen unterstützen können.

... es in der Vergangenheit eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit gab. Tierschutzverbände haben eine wichtige Funktion und sind Ausdruck des hohen Engagements für den Tierschutz. Es wäre schade, wenn an die Stelle von Kooperation vermehrt eine gesetzlich bedingte Konfrontation träte.

Spürbare Auswirkungen des Mitspracherechts der Tierschutzverbände auf Genehmigungsverfahren in den Kommunen ...

... werden zumindest keine „Klageflut“ sein. Die Verbände werden mit Augenmaß einschreiten, wenn sie Verstöße gegen den Tierschutz erwarten. Im Falle einer Niederlage müssten sie sonst erhebliche Anwalts- und Gerichtskosten tragen. Das Mitspracherecht wird Kontroll-Lücken schließen.

... werden sich in der Praxis zeigen. Unsere kommunalen Behörden haben in der Vergangenheit auf hohem fachlichen Niveau gearbeitet. Darum ist es schade, dass die Landesregierung den geschulten Fachleuten jetzt durch das Gesetz ein solches Misstrauen ausspricht.



Diesmal zum Thema Tierschutz.



... sehr viel, weil sie unsere Mitgeschöpfe sind. Für unseren Lebensstil müssen sehr viele Tiere ihr Leben frühzeitig lassen. Wir müssen uns wieder bewusst werden, dass hinter jedem Tier ein fühlendes Wesen steckt und respektvoll mit ihnen umgehen. Darum tragen wir Menschen eine hohe Verantwortung.

..., dass wir Verantwortung für die Schöpfung und alles Leben in ihr haben. Ein sorgloser Umgang mit den uns anvertrauten Mitgeschöpfen verbietet sich.

... etwas Unterschiedliches. Für die einen sind sie Lebensgrundlage, für die anderen ein Freund, aber vor allem sind sie Lebewesen. Dem müssen wir gerecht werden. Wir müssen die Tiere schützen und die Artenvielfalt bewahren. Nur so erhalten wir auch für die nächsten Generationen eine lebenswerte Umwelt.

... notwendig, da die Bundesregierung den Tierschutz nicht ernst nimmt. U.a. den Schenkelbrand bei Fohlen bis 2018 und die betäubungslose Ferkelkastration bis 2019 qua Bundesstierschutzgesetz zu erlauben, ist das genaue Gegenteil von Tierschutz. Ein solcher Umgang mit Mitgeschöpfen ist nicht mehr zeitgemäß.

... nutzlose Symbolpolitik ohne Mehrwert. Jedes Gesetz muss stets dem Staatsziel Tierschutz Rechnung tragen. Was könnte ein neues Gesetz, das uns hieran erinnert, in der Sache tatsächlich verbessern? Notwendig wäre es stattdessen, den Vollzug der geltenden Tierschutzvorschriften zu verbessern.

... elementar wichtig für die Tiere in NRW. Zudem kann Nordrhein-Westfalen so ein Zeichen setzen und sich bundesweit für den Tierschutz stark machen. Bisher ist es leider oftmals bei warmen Worten geblieben. Überfüllte Tierheime und unwürdige Ställe kommen auch in NRW immer wieder vor.

... einen Meilenstein hin zu mehr Tierschutz, da es – wie bereits im Naturschutzbereich ersichtlich – zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit bei der Beurteilung von Tierschutzstandards führt. Dadurch unterstützt es den Forschungsbereich, die Arbeit der Landwirte sowie alle, die sich um das Tierwohl kümmern.

... keinen Mehrwert beim Tierschutz. Dafür gefährdet es den Standort NRW und hiesige Arbeitsplätze. Die Einführung des rechtlich umstrittenen Klagerechts schafft Investitionsunsicherheiten. Das verstärkt die bereits bestehenden Abwanderungstendenzen aus NRW im Bereich Forschung und Landwirtschaft.

... ein erfreulich gestiegenes Maß an Mitwirkungsmöglichkeiten. Endlich können Tierschutzverbände auch gerichtlich im Namen der Tiere tätig werden. Und wie die Praxis in Bremen bereits gezeigt hat, wird auch die Wirtschaft nicht befürchten müssen, von einer Klagewelle überrollt zu werden.

... die Rechte von anerkannten Tierschutzverbänden mit dem Verbandsklagerecht nun deutlich gestärkt werden. Ihre bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten reichten nicht aus, um z.B. schwierige ethische Fragen des Tierschutzes zu klären. Die bisherigen Kontrollinstanzen werden um weitere Fachleute ergänzt.

... sich die Zusammenarbeit durch das Verbandsklagerecht in Zukunft ganz erheblich verschlechtern wird. „Treuhand“ und „Sachwalter“ für das Wohlergehen der Tiere sind in erster Linie die Amtsveterinäre. Die Landesregierung spricht ihnen mit dem Gesetz aber ein deutliches Misstrauensvotum aus.

... sich hier ein produktives Miteinander einspielen wird. Die Aufgaben der unterschiedlichen Instanzen stehen ja in keinerlei Widerspruch zueinander. Vielmehr kann man gemeinsam dafür sorgen, dass den betroffenen Tieren mehr Gerechtigkeit und Schutz gewährt werden kann, als das bisher der Fall war.

... werden nur dann zu erwarten sein, wenn die Verbände Verstöße gegen geltende Vorschriften hinsichtlich des Tierschutzes vermuten. Als Sachverständige werden sie Genehmigungsverfahren positiv begleiten können – sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch im Sinne der zügigen Verfahrensabwicklung.

... sind zu erwarten – in Form erheblichen Mehraufwands für die Kommunen. Durch die umfangreichen Beteiligungsmöglichkeiten werden sie mit neuen Bürokratievorgaben überschüttet. Dann fehlt die Zeit für die eigentliche Arbeit der Veterinäre. Auch hier gibt die Landesregierung mit dem Gesetz eher Steine als Brot.

... wird es insofern geben, als dass die Kommunen nun in der Pflicht sind, mit den entsprechenden Verbänden bei Genehmigungsverfahren besser zusammenzuarbeiten. Ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern Schule macht und auf andere Bereiche abfärbt.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/3457	Änderung des Landesjagdgesetzes, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/3440	Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Ausschussberatung 19.9.2013
16/3439	Änderung des Hundegesetzes, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/3388	Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur, LR	Sozialausschuss	Anhörung 12./13.9.2013
16/3387	Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, LR	Kommunalausschuss	Anhörung 13.9.2013 2. Lesung 25.-27.9.2013
16/3335	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Innenausschuss	Ausschussberatung 12.9.2013
16/3334	Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes, LR	Innenausschuss	Ausschussberatung 12.9.2013
16/3248	Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN	Innenausschuss	Anhörung 5.12.2013
16/3206	Änderung des Krebsregistergesetz, LR	Sozialausschuss	Ausschussberatung 11.9.2013
16/2977	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz, LR	Umweltausschuss	in Beratung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/2885	Chancengleiche Ausgestaltung der Errichtungsbedingungen und Teilstandortbildung von allgemeinbildenden weiterführenden Schulformen, FDP	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung 11.12.2013, 2. Lesung 18./19.12.2013
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Arbeitsausschuss	Ausschussberatung 11.9.2013
16/2432	Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen, LR	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Abschlussberatung 18.9., 2. Lesung 25.-27.9.2013
16/2336	Entpolitisierung der Polizei, FDP	Innenausschuss	Sachverständigengespräch 12.9.2013
16/2287	Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung, FDP	Rechtsausschuss	Ausschussberatung 18.9.2013
16/2124	Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	Anhörung 6.12.2013
16/2097	Änderung des Landesforstgesetzes, SPD, GRÜNE	Umweltausschuss	in Beratung
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschaftsausschuss	Ausschussberatung 17.9.2013
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/2897	Änderung des Abgeordnetengesetzes	PIRATEN	1. Lesung 15.5.2013 2. Lesung 10.7.2013	abgelehnt
16/2880	Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften	Landesregierung	1. Lesung 15.5.2013 2. Lesung 10.7.2013	angenommen
16/2722	Änderung des Stärkungspaktgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 16.5.2013 2. Lesung 10.7.2013	angenommen
16/2652	Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften	Landesregierung	1. Lesung 16.5.2013 2. Lesung 10.7.2013	angenommen
16/2556	Errichtung des Landesamtes für Finanzen und Änderung weiterer Gesetze	Landesregierung	1. Lesung 24.4.2013 2. Lesung 10.7.2013	angenommen
16/2279	Schutz und Pflege der Denkmäler in NRW	SPD/GRÜNE	1. Lesung 21.3.2013 2. Lesung 11.7.2013	angenommen
16/1167	Änderung des Feuerwehrschatzes und der Hilfeleistung (Kinderfeuerwehren)	CDU	1. Lesung 8.11.2012 2. Lesung 12.7.2013	abgelehnt

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



In guten Händen

Zwischen Arbeitswelt und Kindeswohl: Wie muss Kinderbetreuung heute sein?

4. Juli 2013 – Im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend haben Sachverständige den Abgeordneten ihre Sicht auf die derzeitige Situation der Kinderbetreuung erläutert. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob das Betreuungsangebot den Bedarf seitens der Eltern decke. Dabei zeigte sich ein klares Bild: Mehr Flexibilisierung ist nötig.

Foto: Schälte



Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der Landschaftsverbände erklärten zwar, der quantitative Bedarf an Kinderbetreuung sei im Grunde mit den 25, 35 oder 45 Stunden wöchentlicher Betreuungszeit, zwischen denen Eltern generell wählen könnten, gedeckt. So gut wie alle Sachverständigen betonten aber, dass es wichtig sei, innerhalb der Kita-Öffnungszeiten die Betreuungszeit des Kindes flexibler gestalten zu können. Ein solcher Bedarf ergebe sich etwa aus flexiblen Arbeitszeiten, aus Schichtdiensten oder wechselnden Arbeitszeiten in Pflege- oder Einzelhandelsberufen.

Martin Künstler vom Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW wies allerdings darauf hin, dass die Einrichtungen nicht nur dafür da seien, um Beruf und Familie vereinbar zu machen, sondern auch und vor allem das Kindeswohl im Blick haben müssten. Dieses stoße bei zu viel Flexibilität an Grenzen. Zudem sei die Finanzierung der große Hemmschuh in dem Bestreben, die Betreuungszeiten flexibler zu gestalten. Wenn nur tatsächliche Betreuungszeiten abgerechnet werden könnten, sei es schwer, das nötige Personal für flexiblere Öffnungszeiten auch früh am Morgen und in den Abend hinein bereitzustellen. Zumal es wichtig sei, Kinder in Randzeiten nicht nur zu verwahren oder zu beaufsichtigen, sondern sie genauso qualifiziert wie zur Kernzeit zu betreuen, betonte Marlies Herterich vom Kinderschutzbund. Dem Kindeswohl sei es außerdem nicht dienlich, mehrmals am Tag die Gruppen zu wechseln. Kinder bräuchten eine Gruppe, in der sie zu Hause seien.

Diese Anforderung unterstrich der Psychologe Prof. Dr. Rainer Strätz. Er berichtete von einer Langzeitstudie in den USA, die gezeigt habe, dass eine zu umfangreiche Kinderbetreuung gerade der Kleinsten eine sichere Bindung zur Bezugsperson unterlaufen könne – mit gravierenden Auswirkungen für die Zukunft. „Die Studie zeigt, dass man nicht alles machen kann, was man sich wünscht“, warnte er vor einem Hintanstellen der kindlichen Bedürfnisse hinter die Anforderungen der Arbeitswelt.

WIRTSCHAFT GEFORDERT

Vor diesem Hintergrund forderten fast alle Sachverständigen mehr Engagement von der Wirtschaft, um Beruf und Familie vereinbar zu machen. Der Elternvertreter Markus Quetting brachte beispielsweise Heimarbeitsplätze und Betriebskindergärten ins Spiel. Selbst die maximal buchbaren 45 Stunden Betreuungszeit pro Woche reichten bei einer Vollbeschäftigung nicht aus, wenn man im Berufsverkehr auch noch zur Arbeit und zurück pendeln müsse. Bettina Eickhoff, Initiatorin einer „Wimmelatlacke“ an die Politik für mehr Kinderbetreuung, forderte deshalb unter anderem ein Wahlrecht für Eltern, ob sie ihr Kind am Wohnort oder am Arbeitsort in die Betreuung geben wollten. Daneben müsse es den Eltern ermöglicht werden, auch während eines laufenden Kita-Jahres die Betreuungszeit zu erhöhen oder zu verringern.

Edeltraud Chrysanthou von der Gronauer Kindertagesstätte Pusteblume berichtete von

einem Modellversuch einer flexibleren Kinderbetreuung: Gerade vollzeit-berufstätige Eltern „haben uns die Türen eingerannt“. Die Pusteblume könne auch deshalb so flexibel betreuen, weil das Personal sich zu flexiblen Arbeitszeiten bereiterklärt habe. Chrysanthou fand die Forderung nach Kontinuität bezüglich der Erzieherin überzogen; Kinder seien immer mit verschiedenen Bezugspersonen aufgewachsen. Die Praktikerin hielt ein flexibles Betreuungsangebot je nach Bedarf irgendwann innerhalb der Kita-Öffnungszeiten für flächendeckend machbar. Es sei zwar kompliziert, auf der Basis des Kinderbildungsgesetz (KiBiz) entsprechende Sonderregelungen zu treffen, aber möglich.

Auch die Siegener Universität biete ein höchst flexibles, für Spontanbedarfe und Not-situationen offenes pädagogisches Betreuungsangebot, das die Studierenden online buchen könnten, erläuterte Detlef Rujanski, Geschäftsführer des Studentenwerks Siegen. Mit den bisherigen, starren KiBiz-Regelungen komme man an der Hochschule nicht aus, erklärte er. Ein Studium beinhalte eben nicht so regelmäßige „Arbeitszeiten“ wie eine Arbeitsstelle. Auch der Semesterrhythmus passe nicht zu der Vorgabe, die gebuchten Betreuungszeiten ein ganzes Kita-Jahr lang unverändert zu lassen.

Bei allem Verständnis für mehr Flexibilität gab Gabriele Maahn von der Gewerkschaft Verdi zu bedenken: Auch die Erzieherinnen und Erzieher seien Arbeitnehmer und hätten Familie. Ohne das Engagement der Arbeitgeber sei das Problem nicht zu lösen.

sow



+++Meldungen+++

Vier neue Fachgremien

Juni/Juli 2013 – Der Landtag NRW hat einen neuen Unterausschuss eingesetzt. Zwölf Abgeordnete sollen dort gemeinsam den Klimaschutzplan erarbeiten, der das Klimaschutzgesetz inhaltlich mit Leben füllt. Zudem beschloss er einen zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (zur WestLB), eine dritte Enquetekommission (Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen) sowie eine Kommission zur Reform der nordrhein-westfälischen Verfassung.

Neuer Plan zum Ärztebedarf

3.7.2013 – Die Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe haben dem Gesundheitsausschuss einen Plan vorgestellt, der Ärzte und Psychotherapeuten dorthin bringen soll, wo sie wirklich gebraucht werden. Für den neuen Ansatz einer kleinräumigeren, flexibleren Planung, die es ermöglichte, mehr Arztstellen zu besetzen, gab es fraktionsübergreifendes Lob. Wie allerdings diese Stellen besetzt werden sollten, blieb offen, da es diesbezüglich wenig Einflussmöglichkeiten gebe, so die Ärztenvertreter. Immerhin würden in NRW viele Ärztinnen und Ärzte ausgebildet. Ein Teil davon ergreife aber andere Berufe, ein Teil gehe in andere Bundesländer, in denen mehr zu verdienen sei. Die 65-Stunden-Woche in einer Kleinstadt sei jedenfalls nicht mehr das Lebensziel der neuen Ärztegeneration. Andererseits gebe es nicht mehr das lange Zeit behauptete Stadt-Land-Gefälle.

In der Diskussion betonte Gesundheitsministerin Barbara Steffens (GRÜNE), der Sicherstellungsauftrag für die ambulante Versorgung liege bei den Kassenärztlichen Vereinigungen. Die CDU hingegen sah das Land mit in der Verantwortung.

Betuwe-Linie und RRX kommen

27.6.2013 – Der Verkehrsausschuss und NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) freuten sich über die Finanzierungszusage zu zwei Bahnlinien. Grundlage ist eine fraktionsübergreifende Einigung zwischen Bund, Land und Bahn AG zur Betuwe-Linie sowie zum Rhein-Ruhr-Express (RRX). Die Betuwe-Linie

soll den Hafen Rotterdam per Bahn an das Ruhrgebiet und letztendlich auch Süddeutschland anbinden. Der RRX soll als System von beschleunigten Regionalzügen den Pendlerverkehr zwischen Dortmund und Köln im Viertelstunden-Takt entlasten.

Groschek informierte die Abgeordneten darüber, dass nach dieser Einigung die Betuwe-Linie mit Lärmschutz ausgebaut werde. Das Land werde seinen Anteil von 449 Mio. Euro als Vorfinanzierung einbringen; 1 Mio. habe bereits die Planung gekostet. Die insgesamt also 450 Mio. Euro verstand der Minister als Festpreis, mögliche Preissteigerungen werde das Land nicht mittragen. Der Bund stelle die Anschlussfinanzierung sicher und hafte für die Risiken eines möglichen Projektabbruchs. Des Weiteren verpflichtete er sich zum Abschluss eines Rahmenvertrags mit der Bahn zum RRX.



Die Betuwe-Linie schließt die Lücke der 1.300 Kilometer langen Verbindung Genua-Rotterdam. Damit könne man mehr Güter von der Straße auf die Schiene übertragen, für Groschek ein wesentlicher Beitrag zur Staubekämpfung – ebenso wie der RRX.

Neuer Landesentwicklungsplan

3.7.2013 – Die demografische Entwicklung, die Reaktionen auf den Klimawandel, die globalen Herausforderungen auf den Wirtschaftsstandort NRW – all dies will die Landesregierung im neuen Landesentwicklungsplan berücksichtigen. Ein wesentliches Ziel der Überlegungen für die kommenden 15 Jahre: Der Flächenverbrauch soll bis zum Jahr 2020 von 10 Hektar pro Tag auf 5 Hektar gesenkt werden. Vor allem diesen Punkt kritisierten CDU und FDP im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Ihrer Meinung nach sei es ein Trugschluss, dass sich aus der demografischen Entwicklung ein geringerer Siedlungsbedarf

ergebe. Es müsse zudem für Unternehmen Möglichkeiten der Erweiterung geben. Auch dürfe man die Landwirtschaft durch Flächenverknappung nicht in eine Intensivlandwirtschaft hineinzwingen. Dennoch sahen alle Fraktionen in dem vorgestellten Entwurf eine gute Grundlage für das Beteiligungsverfahren, das von August 2013 bis Februar 2014 stattfinden soll.

Bestattungsrecht

26.6.2013 – In einer Anhörung unter Federführung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales begrüßten die kommunalen Spitzenverbände die geplante Möglichkeit, die Errichtung von Grabsteinen, die mit Kinderarbeit hergestellt wurden, per kommunaler Satzung zu verbieten. Sie befürchteten allerdings einen Wildwuchs an möglichen Zertifizierungen, bei denen unklar sei, was sie jeweils besagten. Die Verbände verwiesen auch auf die Schwierigkeit, die Zertifizierungen wirksam zu überprüfen.

Ein zweites Thema der Anhörung war die stärkere Berücksichtigung von Vorschriften eingetragener Religionsgemeinschaften. Dass diesen die Verantwortung für einen Friedhof übertragen werden können soll, begrüßten Dr. Bekir

Alboga und Taner Yüksel für die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). „Wenn Menschen sich zu Deutschland zugehörig fühlen, wollen sie auch hier beerdigt werden“, meinte Alboga. Die Möglichkeit, hier nach islamischem Ritus bestattet zu werden, gebe das Gefühl, hier gewollt zu sein. Für die Kommunen sei es entscheidend, dass ein dauerhafter Betrieb eines Friedhofs gewährleistet werde, so Robin Wagener (Städte- und Gemeindebund). Auch nach bestehender Rechtslage sei es möglich, Religionsgemeinschaften auf kommunalen Friedhöfen bestimmte Grabfelder anzubieten.

Bonn: Info-Büro des EU-Parlaments?

19.7.2013 – Die Arbeitsschwerpunkte der Litauischen EU-Ratspräsidentschaft standen im Mittelpunkt einer Sitzung des Europaausschusses. Außerdem berieten die Abgeordneten darüber, ob sich in Bonn ein Informationsbüro des EU-Parlaments einrichten ließe.



Volles Haus zum Jubiläum

Happy Birthday, Landtag! Mehr als 10.000 Menschen aus dem ganzen Land kamen im Jahr des 25. Gebäudejubiläums am 6./7. Juli 2013 zu den Tagen der Offenen Tür und begaben sich auf Entdeckungstour durchs Parlament. Das Jubiläumskind präsentierte sich also im wahrsten Sinne des Wortes als Haus der Bürgerinnen und Bürger.

Im jüngst sanierten Plenarsaal konnten die Gäste auf den Sitzen der Abgeordneten Platz nehmen – und auch der Empfangsraum der Präsidentin stand

den Besucherinnen und Besuchern an diesem besonderen Wochenende offen. Neben Popcorn-Maschine, Kinderschminken und Fotoaktionen präsentierten die fünf im Landtag vertretenen Fraktionen sowie die Parlamentsverwaltung in der Bürger- und Wandelhalle ihre Arbeit. Und natürlich standen Landtagspräsidentin Carina Gödecke, die Vizepräsidenten und viele weitere Abgeordnete den zahlreichen Gästen Rede und Antwort.

Musikalisch ging es derweil auf der Außenbühne zu. Hier brachte Kinderliedersänger Volker Rosin die Arme und Beine seiner kleinen Fans zum Zappeln. Zudem gab es ein buntes Programm aus magischen Momenten, lustigen Clowneinlagen, Wasserballett, Chorgesang und Musikgruppen. Politik, Information und gute Laune: eine gelungene Geburtstagsparty!

Weitere Eindrücke von den Tagen der Offenen Tür gibt es auch im Internet (www.landtag.nrw.de), dazu ein Video auf dem Youtube-Kanal des Landtags (www.youtube.com/NRWLandtag).

Fotos: Schälte



Aus den Fraktionen

Frühe Bildung: KiBiz-Revision geht weiter

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits eine Menge erreicht: Das letzte Jahr in den Kindertagesstätten ist beitragsfrei. Dies ist ein entscheidender Schritt dafür, dass nicht mehr Wohnort und Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg der Kinder ausschlaggebend sind.

„Wir haben auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene Gremien der Elternmitbestimmung gesetzlich verankert und spürbare finanzielle Erhöhungen für die Betreuung der unter Dreijährigen beschlossen: bis zu 2.200 Euro mehr pro Kind“, sagt Britta Altenkamp (Foto), stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Auch den Kinderpflegerinnen wurde wieder eine berufliche Perspektive in den Kitas gegeben. Rot-Grün konnte das alte KiBiz zwar nicht von heute auf morgen in einen familien- und bildungspolitischen Flietzer

verwandeln. Mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz wurde aber eine gute Grundlage geschaffen, mit der die Regierungskoalition weiter an Verbesserungen arbeitet.

Dennoch muss die Situation in den Einrichtungen dringend weiter verbessert werden. Im Sinne der Beschäftigten in den Einrichtungen strebt die SPD-Landtagsfraktion daher weitere Entlastungen zum 1. August nächsten Jahres in einer zweiten Revisionsstufe des KiBiz an. Dieser nächste Schritt bei der Grundrevision des KiBiz wird sich schwerpunktmäßig mit folgenden Fragen befassen: Schärfung des Bildungsbegriffes im Elementarbereich, Erhöhung der Planungssicherheit für Träger von Einrichtungen, Entlastung beim



Personal, zusätzliche Förderung für Kitas mit besonderen sozialen Problemlagen, Ersetzung des Sprachtests Delfin4.

„Damit ist aus unserer Sicht noch nicht das Versprechen des Koalitionsvertrages 2012 bis 2017 eingelöst, in dem wir angekündigt haben, ein grundlegend neues Gesetz vorzulegen, das die Unzulänglichkeiten des KiBiz beheben soll“, betont Britta

Altenkamp. Auch nach 2014 stehen also noch weitere KiBiz-Revisions-schritte an. ■



CDU-Abgeordnete klagen gegen das verfassungswidrige Besoldungsgesetz

Rot-Grün weigert sich, die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst Eins zu Eins auf die Beamten zu übertragen. Noch im Dezember 2011 hatte Frau Kraft dem Deutschen Beamtenbund (DBB) schriftlich erklärt: „Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft plant.“ Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann (Foto), kritisierte das Vorgehen: „Frau Kraft und die rot-grüne Landesregierung haben mit ihrer Entscheidung ganz klar Wortbruch begangen.“ Er kritisierte die „Gutsherrenart“ von Rot-Grün, dieses Gesetz auf den Weg zu bringen, ohne vorher mit den Beamteneverbänden und den Gewerkschaften zu sprechen.



Rot-Grün hat einen willkürlichen Kabinettsbeschluss gefasst: Die Beamten bis einschließlich A10 bekommen das vereinbarte Geld, Beamte von A11 bis A12 bekommen ein Prozent. Ab A13 gibt es für zwei Jahre nichts. Hinter den Beschlüssen von SPD und GRÜNE steckt auch eine leistungsfeindliche Einstellung, die die CDU für politisch falsch hält. „Für gute Arbeit muss auch ein guter Lohn gezahlt werden. Einzelne dürfen nicht ein Sonderopfer für alle erbringen“, so Laumann.

Frau Krafts Regierungszeit war bisher geprägt von der Bereitschaft, für mehr Schulden die Verfassung zu brechen. Und jetzt will Rot-Grün die Verfassung brechen, um weniger neue Schulden zu machen. Laumann bezeichnete das

Beamtenbesoldungsgesetz als „politisch falsch“. „Das Ziel muss sein, die notwendige Haushaltskonsolidierung mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst in Einklang zu bringen.“ Laumann weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion für eine nachhaltige und strukturelle Senkung der Neuverschuldung des Landes die Personalausgaben von den Konsolidierungsbemühungen nicht ausnimmt. Angesichts der demografischen Entwicklung sei aber auch klar: „Wenn die Bevölkerungszahl kleiner wird, kann auch der öffentliche Dienst nicht in gleicher Größe fortbestehen.“ ■



Die Landtagsfraktion
CDU



Grüne Abgeordnete besuchen Imkerinnen und Imker in ganz NRW

In diesem Jahr fällt die Honigernte außerordentlich schlecht aus. Viele Imkerinnen und Imker erzielen nur die Hälfte des sonstigen Ertrags. Sorge bereiten Nachrichten über Bienenseuchen und Milbenbefall, die viele Bienenvölker bedrohen. Dies haben die 29 Abgeordneten der Grünen Landtagsfraktion zum Anlass genommen, sich vor Ort ein Bild zu machen und mit den Imkerinnen und Imker in ganz NRW zu diskutieren: Von Würselen bis Marsberg, von Havixbeck (Foto mit Norwich Rübe MdL) bis Bonn.

Von den heimischen 2.000 bis 3.000 Nutzwildpflanzen-Arten sind etwa 80 Prozent darauf angewiesen, von Bienen bestäubt zu werden. Mit anderen Worten: Ohne Bienen keine Pflanzen und keine Erträge. Der Mensch ist nicht unschuldig an dieser Entwicklung. Vor allem die intensive Landwirtschaft, Monokul-

turen und der übermäßige Einsatz von Pestiziden tragen dazu bei. Deutsche Imker beklagen seit Jahren überdurchschnittliche Verluste. Es scheint, als zeige uns die Schwächung vieler Bie-



nenvölker beispielhaft, wie es um unsere biologische Artenvielfalt bestellt ist.

Uns ist es wichtig, den natürlichen Lebensraum der Biene zu erhalten. Wie dies langfristig geschehen kann, diskutierten die Abgeordneten vor Ort mit den Imkerinnen und Imkern. Ihre Arbeit und ihr Engagement kann man nicht genug würdigen. Welch hohen Stellenwert Bienen schon für die Autoren des Bürgerlichen Gesetzbuches hatten, wird daran deutlich, dass allein über den Umgang mit Bienenschwärmen mehrere Paragraphen zu finden sind (BGB §§ 961 – 964 BGB). ■



FDP-Landtagsfraktion feiert traditionelles Sommerfest

Mit mehr als 650 Gästen hat die FDP-Fraktion ihr traditionelles Sommerfest im Düsseldorfer Landtag gefeiert. „Die FDP ist ein belebender Faktor in der Landespolitik“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner zur Begrüßung. Als

konstruktive Opposition sage die FDP im Parlament nicht immer nur „Nein“, sondern zeige Alternativen zum Regierungshandeln auf. Dies belegen auch die Zahlen: 9 Gesetzentwürfe, 556 Anfragen und 97 Anträge hat die Landtagsfraktion im vergangenen Jahr in den Landtag eingebracht.

Stellvertretend für zahlreiche Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Kommunen und Unternehmen hieß Lindner die Vorsitzenden der Beamten- und des Richterbundes Meinolf Guntermann und Rainer Lindemann willkommen. „Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre war gut. Der Staat verzeichnet Rekordsteuerein-

nahmen. Es ist nur fair, wenn alle von dieser exzellenten Wirtschaftslage profitieren – sowohl die Beschäftigten der privaten Wirtschaft wie auch die im öffentlichen Bereich“, betonte Lindner. Trotzdem werde der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst von Rot-Grün nicht angemessen auf die Landesbeamten übertragen.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle, der als Ehrengast zum Sommerfest gekommen war, dankte der FDP-Landtagsfraktion für ihre geradlinige, konstruktive Arbeit. Die FDP sei als Meinungsführer im Parlament wahrnehmbar. ■



„Prism“ und „Tempora“ – was wir jetzt tun können

Die Aufregung ist groß, seit Edward Snowden den Überwachungsskandal durch „Prism“ und „Tempora“ offengelegt hat. Vertreter aller etablierten Parteien tragen eine Mischung aus Empörung und Betroffenheit zur Schau – nach dem Motto: „Da muss man doch was machen!“ Muss man! Aber was denn eigentlich? Weder im Bundestag noch in den Landesparlamenten wurde bisher ernsthaft über Lösungsmöglichkeiten diskutiert – außer im Landtag NRW. Und das auch nur, weil die Piratenfraktion gleich vier Anträge zu den Überwachungsprogrammen ins Plenum eingebracht hat. Unsere Anträge werden jetzt in den Ausschüssen debattiert und zeigen, was wir gegen den größten Eingriff aller Zeiten in die Grundrechte unserer Bürger tun können.

Wir müssen demokratisch festlegen, wie viel Überwachung wir zulassen wollen. In einer

Demokratie sollen nicht Geheimdienste entscheiden dürfen, was zum Schutz unserer Gesellschaft nötig ist. „Wir können davon ausgehen, dass die Überwachungsprogramme auch für Wirtschaftsspionage eingesetzt werden“, erklärt Daniel Schwerd, Netzpolitischer Sprecher der Piratenfraktion NRW. „Nicht nur die Menschen, auch die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen benötigen unseren Schutz.“

Dank EU-Recht stehen uns im Fall von „Tempora“ unzweifelhaft rechtliche Schritte zur Verfügung. Dass Großbritannien sämtliche Kommunikationswege der Bürger anderer Mitgliedstaaten überwacht, ist eine klare Verletzung der Europäischen Verträge. „Die EU-Kommission kann diesen eklatanten Verstoß nicht hinnehmen“, erläutert Nico Kern, Europapolitischer Sprecher der Piratenfraktion. Die Piraten

haben zusätzlich zum Antrag im Plenum eine entsprechende Unterschriften-Kampagne unter <https://stopwatching.de> initiiert.



Damit solche Skandale auch in Zukunft ans Licht kommen, fordern wir einen verlässlichen Schutz für Whistleblower. Frank Herrmann, Sprecher der Piratenfraktion für Privatsphäre und Datenschutz: „Menschen wie Snowden sind keinen Denunzianten. Sie stellen uns ihr Wissen zum Wohle unserer Gesellschaft zur Verfügung. Der heutige gesetzliche Schutz für Hinweisgeber ist allerdings unklar. Das müssen wir dringend ändern.“ ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Tabak, Tanz und Theologen

Jugend-Landtag fordert in vielen Bereichen mehr Toleranz



Engagiert im Plenum



Fraktionsvorsitzende



Präsidentinnen unter sich



Die Abgeordneten und ihre jugendlichen Vertreter/-innen



Lebhafte Diskussionen

18.-20. Juli 2013 – Am Ende waren sie dann alle platt: Das Politik so anstrengend sein kann, hatten die Jugendlichen, die für drei Tage die Rolle der Abgeordneten einnahmen, nicht gedacht. So mussten sie am ersten Tag eine Stunde nach Mandatsübernahme direkt die Vorstände ihrer jeweiligen Fraktion bestimmen. Am zweiten Tag ging es weiter mit einer gründlichen Beratung von Themenvorschlägen: in Fraktionen, in Anhörungen, im Ältestenrat, wieder in den Ausschüssen und dann nochmals in den Fraktionen. Am dritten Tag kam es im Plenum zu teils

heftigen Diskussionen, die „richtigen“ Plenardebatten schon verblüffend ähnelten. Und als dann aufgrund unklarer Mehrheiten noch ein sogenannter Hammelsprung angeordnet werden musste, war man wirklich im realen politischen Geschäft angekommen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugend-Landtags entschieden sich schließlich dafür, das seit Mai geltende Nichtraucherschutzgesetz wieder etwas zu lockern, Partizipationsrechte für Schülerinnen und Schüler an schulpolitischen Entscheidungsprozessen des Landes einzuführen, die Gebäude des Landes künftig mit Ökostrom zu versorgen sowie die Zahl der

stillen Feiertage (ohne Tanzveranstaltungen) vorrangig mit Blick auf andere Religionsgemeinschaften auszuweiten. Die Möglichkeit eines begleiteten Fahrens mit 16 wurde abgelehnt. Diese Beschlüsse werden nun an die Fachausschüsse des echten Landtags übermittelt.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke jedenfalls war von den Leistungen, der Disziplin und der Ernsthaftigkeit der jungen Abgeordneten begeistert: Das Ziel, die Abläufe parlamentarischer Demokratie zu erlernen, sei erreicht, zudem den Erwachsenen-Abgeordneten in Teilen ein Spiegel vorgehalten worden. Insofern profitierten alle von diesem gelungenen Jugend-Landtag.

Fotos: Schälte

Mehr dazu hier:



www.landtag.nrw.de

Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen





Portrait: Marc Herter (SPD)



Ein rotes Rennrad und eine Kuriertasche hängen an der Wand neben der Bürotür. Marc Herter blickt direkt darauf, wenn er an seinem Schreibtisch sitzt. Das Vehikel stammt aus seiner Jugendzeit und erinnert ihn an den Landtagswahlkampf 2010. Damals ist der Sozialdemokrat von seiner Heimatstadt Hamm nach Düsseldorf geradelt und hat Bürgerwünsche eingesammelt. Das Rennrad könnte ihn auch ans Tempo seiner politischen Karriere erinnern: Herter hat in seinen drei ersten Jahren als Landtagsabgeordneter eine erstaunliche Wandlung vollzogen.

Es lässt sich an den Plenar- und Ausschussdebatten erkennen, dass der 39-Jährige ein anderer Abgeordneter geworden ist. Es gab für ihn seit 2011 nur noch wenige Gelegenheiten, ans Rednerpult zu treten. Als der Landtag jüngst das novellierte Abgeordnetengesetz beriet und verabschiedete, war der junge Sozialdemokrat wieder häufiger im Plenum zu vernehmen. Herter ist als parlamentarischer Geschäftsführer (PGF) Herr der unsichtbaren Abläufe in der SPD-Fraktion geworden. Seine meiste Arbeit verrichtet er im „Maschinenraum“, wie er selbst sagt.

Das muss ein selbstbewusster Politiker erst einmal können: sich lieber in den Dienst der anderen zu stellen und seine eigene Präsenz zurückzunehmen. Fraktionsmanager Herter hat dafür zu sorgen, dass der Vorsitzende Norbert Römer und die übrigen 97 sozialdemokratischen Parlamentarier angemessen zur Geltung kommen und die Regierungslinie gewahrt wird. „Ich sehe auch weiterhin meine Schwerpunkte in der Kommunal- und Haushaltspolitik, aber ich bin jetzt vor allem für die organisatorischen und strategischen Aufgaben in der größten Fraktion zuständig. Als PGF muss man sich mit allen Themen befassen. Man wird zum Generalisten“, sagt Herter.

Sein Einfluss lässt sich weniger an Redebeiträgen und Schlagzeilen messen, sondern eher an einer anderen Besonderheit: Unter jedem SPD-Fraktionsantrag, der im Parlament gestellt wird, steht auch sein Name. Er koordiniert und kontrolliert gewissermaßen als letzte Instanz im Benehmen mit der Fraktion. Es gibt noch einen anderen Maßstab für den Erfolg eines PGF: die Geschlossenheit in der Fraktion. Herter kennt Eigenheiten, Spezialitäten, Sorgen und Nöte seiner Fraktionskollegen. Er ist Vermittler zwischen Führung und einfachen Abgeordneten. „Wir diskutieren offen in der Fraktion, hier kann jeder seine Position einbringen und wir bilden uns unsere Meinung. Am Ende gehen wir dann geschlossen in die parlamentarische Abstimmung“, sagt Herter. Die öffentlich umstrittene Nullrunde für höhere Beamte war solch ein exemplarisches Thema, bei dem einige Abgeordnete intern ihr Unwohlsein bekundeten, aber die Regierungslinie nicht anzweifeln.

Herter nennt zwei maßgebliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen PGF: „Für mich zählen Verbindlichkeit und Verlässlichkeit im Umgang miteinander. Das gilt auch gegenüber den anderen Fraktionen.“ Er ist darin talentiert, einen pragmatischen Umgang zu pflegen, ohne seinen Überzeugungen untreu zu werden. Man kann mit ihm leicht ins Plaudern geraten, aber er kann auch mit höflicher Bestimmtheit zum Ende kommen, wenn der nächste Termin drängt. Als Fraktionschef Römer 2011 einen Amtsnachfolger für die Parlamentarische Geschäftsführerin Britta Altenkamp suchte, kam Herter gleich in Betracht. Er war ein Parlamentsneuling, doch vieles sprach für ihn. Herter und Römer kennen sich seit Jahren aus Hamm. Herter eilt der Ruf voraus, loyal und fleißig zu sein und sich ausdauernd in komplizierte Themen einarbeiten zu können. Seine Loyalität zur Ministerpräsidentin und SPD-Landeschefin hat er ebenfalls bewiesen: Als Hannelore Kraft nach der Landtagswahl 2010 zauderte, eine Minderheitsregierung einzugehen, da verteidigte Parteizeuge Herter dies in der SPD, und er begründete genauso überzeugt ihren Kurswechsel wenige Tage später.

Herter hat, gemessen an seinem Alter, reichlich politische Erfahrungen gesammelt, als Juso-Landeschef, Fraktionschef im Stadtrat Hamm und stellvertretender Landesvorsitzender der NRW-SPD. Er kennt die politische Arbeit im Tal, im Basislager und in der hohen Landespolitik. Nun hat sich Herter der Arbeit im Maschinenraum der parlamentarischen Macht verpflichtet. Es sieht alles danach aus, dass ihm noch eine aussichtsreiche politische Zukunft bevorsteht. Das rote Rennrad an seiner Bürowand ist jedenfalls fahrtüchtig.

Kristian Frigelj

FCL: Deutliche Schlappe gegen WZ



Dem FC Landtag NRW drohte ein Fiasko. Bei Halbzeit lag er 1:6 im Hintertreffen. Zumindest bis dahin war der Ball nicht sein Freund. Das Team fand sich lange Zeit nicht zurecht auf dem Kunstrasenplatz. Zudem agierte es über längere Strecken der ersten Hälfte ohne jegliche Ordnung. Und mit Einzelaktionen war gegen das routinierte Team der Westdeutschen Zeitung an diesem Tag nichts auszurichten. Das Team zog sein Spiel auf, stieß in die reichlich vorhandenen Lücken des FCL hinein und führte nach zwei Ecken schnell mit zwei Toren. Kurz vor dem Halbzeitpfeiff hatte die WZ bereits auf sechs Tore Vorsprung erhöht, ehe dem FCL sein erster Treffer gelang.

In Halbzeit zwei allerdings zeigte der FCL sein Kämpferherz und dominierte, auch wenn noch längst nicht alles rund lief. Aber immerhin: Phillip erzielte seinen zweiten Treffer für die Grün-Weiß-Roten und Till Schüttrumpf verkürzte auf 3:6. Der FCL witterte Morgenluft und drängte auf eine weitere Ergebniskorrektur. Die Chancen dafür waren vorhanden. Angetrieben von Markus Weske und Andreas Bilas kam der FCL mehrere Male gefährlich über die Flügel; es gab brenzlige Situationen vor dem WZ-Tor. Die Kugel wollte aber nicht ein viertes Mal ins WZ-Netz. Im Gegenteil: Einen Konter schloss die WZ mit einem sehenswerten Schuss in den Winkel zum 7:3 ab. Volker Jung im FCL-Kasten streckte sich vergeblich. Das war der Endstand.

Hans Zinnkann

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Geburtstage

24. Juli – 24. September 2013

25.7. Scheffler, Michael (SPD)	59
26.7. Tüttenberg, Achim (SPD)	54
28.7. Hack, Ingrid (SPD)	49
29.7. Marquardt, Thomas (SPD)	56
29.7. Krüger, Mario (GRÜNE)	56
30.7. Spiecker, Rainer (CDU)	52
1.8. Lück, Angela (SPD)	54
2.8. Gebauer, Yvonne (FDP)	47
3.8. Münstermann, Peter (SPD)	57
5.8. Kufen, Thomas (CDU)	40
9.8. Maaßen, Martina (GRÜNE)	50
10.8. Krückel, Bernd (CDU)	49
17.8. Kopp-Herr, Regina (SPD)	56
18.8. Ruhkemper, Cornelia (SPD)	59
19.8. Dr. Paul, Joachim (PIRATEN)	56
21.8. Freifrau von Boeselager, Ilka (CDU)	69
21.8. Jostmeier, Werner (CDU)	63
23.8. Hausmann, Wilhelm (CDU)	43
24.8. Warden, Marion (SPD)	55
25.8. Schmitz, Ingola Stefanie (FDP)	51
27.8. Pieper, Monika (PIRATEN)	50
27.8. Vossemer, Klaus (CDU)	43
29.8. Doppmeier, Ursula (CDU)	61
1.9. Möbius, Christian (CDU)	47
2.9. Korte, Kirstin (CDU)	58
2.9. Dahm, Christian (SPD)	50
2.9. Schick, Thorsten (CDU)	42
3.9. Kerkhoff, Matthias (CDU)	34
4.9. Rohwedder, Hanns-Jörg (PIRATEN)	56
8.9. Alda, Ernst-Ulrich (FDP)	58
10.9. Moritz, Arne (CDU)	44
10.9. Rehbaum, Henning (CDU)	40
15.9. Dr. Berger, Stefan (CDU)	44
16.9. Altenkamp, Britta (SPD)	49
16.9. Weske, Markus Herbert (SPD)	45
17.9. Dr. Hachen, Gerd (CDU)	61
17.9. Dr. Walter-Borjans, Norbert (SPD) **	61
18.9. Münchow, Volker (SPD)	53
20.9. Thiel, Rainer Christian (SPD)	62
21.9. Hilsner, Dieter (SPD)	60
21.9. Kern, Nicolaus (PIRATEN)	41
23.9. Jansen, Daniela (SPD)	36
24.9. Wittke, Oliver (CDU)	47

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

27.7. Strehl, Klaus (SPD)	70
29.7. Sellmann, Paul (CDU)	80
31.7. Heinz, Wolfgang (FDP)	75
2.8. Voetmann, Heinz (CDU)	85
6.8. Lantermann, Klaus (FDP)	80
7.8. Dedanwala, Vera (SPD)	70
10.8. Schultz, Volkmar (SPD)	75
11.8. Spangenberg, Günter (SPD)	75
14.9. Meulenbergh, Karl (CDU)	70

Landtag intern erscheint wieder zum Plenum am 25.9.2013.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein Hauch blaues Blut ...

... durchströmte den Landtag Nordrhein-Westfalen, als Kronprinzessin Mary von Dänemark auf dem roten Teppich das Düsseldorfer Parlamentsgebäude betrat. Sie besichtigte den Plenarsaal, bewunderte die Kunst im Landtag, darunter Werke von Günther Uecker und Jörg Immendorff, und besuchte den Raum der Stille, der Gläubigen aller Religionen und Nichtgläubigen im Trubel des Parlamentsgeschehens einen Moment der Besinnung und Ruhe ermöglicht. Fotos: Schälte